

Mehr vom Gleichen ist keine Lösung Neue Wege für Teilhabe und Pflege

Wie können wir die Zukunft der Altenhilfe gestalten? Zahlreiche Diskussionen in der Pflegebranche drehen sich um diese Frage. Seit kurzem geht es dabei auch um neue Reformansätze wie „Cure und Care“ und „Caring Community“. Doch für welche Ideen und Konzepte stehen diese recht abstrakten Begriffe eigentlich? Eine Veranstaltung in Berlin versammelte vor kurzem die Akteure dieser Positionen und Ansätze. Unter ihnen war auch Dr. Bodo de Vries, Stellvertretender Vorsitzender des „Evangelischen Johanneswerks“, das Partner des Netzwerks SONG ist. Jüngst wurde der Bielefelder vom DEVAP-Vorstand zum neuen Stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Für die Leser der „DEVAP impuls“ umreißt Dr. de Vries, worum es geht. Können hier neue Potentiale und Ansätze für diakonische Ziele der Wohlfahrtspflege entdeckt werden?



„Wir brauchen generationengerechte lokale Wohnangebote und Infrastrukturen sowie neue lokale Verantwortungsgemeinschaften, die in den Quartieren gezielt gefördert werden“, heißt es in der gemeinsamen Erklärung der Gemeinschaftsveranstaltung. Sie fand in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz statt und richtete sich an einen kleinen Kreis von Vertretern der Wissenschaft, Politik und Bundes- und Landesministerien. Bei der anschließenden Podiumsdiskussion mit zusätzlichen Vertretern von Verbänden und Trägern waren auch die gesundheits- und pflegepolitischen Sprecher der Bundestagsfraktionen eingebunden. Staatssekretär Karl-Josef Laumann als Bevollmächtigter der Bundesregierung für Pflege und der Minister für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie des Landes Rheinland-Pfalz, Alexander Schweitzer, nahmen ebenfalls teil.

Gemeinsame Erklärung

Eine gemeinsame Erklärung der Veranstalter zielt auf „Neue Wege für die Teilhabe und Pflege“ und verweist auf differenzierte Reformansätze, die in unterschiedlichen Publikationen der Beteiligten dargestellt sind. Alle Ansätze gehen davon aus, dass die ökonomische Wucht des demografischen und gesellschaftlichen Wandels nur durch eine Grundsatzreform des Pflegesektors zu bewältigen ist, die sich an der ökonomischen

Der pflegepolitische Reformstau muss aufgelöst werden. Stattdessen muss ein Paradigmenwechsel eingeleitet werden, der Teilhabe und gute Pflege in den Mittelpunkt stellt – trotz knapper Ressourcen. Mit diesen Forderungen traten Vertreter der „Bertelsmann Stiftung“, des „AGP Alter. Gesellschaft. Partizipation. Institut für angewandte Sozialforschung an der Evangelischen Fachhochschule Freiburg“ und das „Netzwerk Soziales Neu Gestalten“ (SONG) mit seinen Partnern „Bremer Heimstiftung“, „Stiftung Liebenau“, „CBT-Köln“, „Evangelisches Johanneswerk“, Bank für Sozialwirtschaft und Kuratorium Deutsche Altenhilfe im Rahmen einer Veranstaltung Ende Mai in Berlin an die Öffentlichkeit.



Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie diese Ausgabe der „DEVAP impuls“ in der Hand

halten, hat der Bundestag sich bereits in erster Lesung mit dem von der Bundesregierung eingebrachten Pflegereformgesetz befasst. Zum Jahresbeginn 2015 soll das Gesetz in Kraft treten. Was kommt damit auf die Menschen, die wir pflegen und betreuen, und auf die Einrichtungen und Dienste zu? Was heißt es für uns, dass der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff erst in einer zweiten Stufe eingeführt werden soll? Von Beginn an haben wir den Gesetzgebungsprozess eng begleitet und bei den kritischen Punkten Nachjustierungen gefordert. Hier gilt es, in Detailarbeit bei den kleinen juristischen Stellschrauben, die so viel verändern können, aufmerksam zu sein. Ebenso wichtig ist es, den Blick auf das Ganze zu lenken, auf das System der Pflege. „Weiter so“? Im Leitartikel stellen wir Ihnen neue Ideen für die Pflegeinfrastruktur von morgen vor.

Wir wollen weiterhin Impulse setzen. Und weiterhin werden wir auf die Schwachstellen aufmerksam machen, wie mit unserer Aktion „Retzungspaket Altenpflege“. Sie hat eindrücklich gezeigt, wieviel Kraft in einem gemeinsamen Engagement steckt – lesen Sie nach, es macht Mut! Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen

Ihre


Renate Gamp

Bündnis fordert Zeitplan

Die im „Bündnis für gute Pflege“ kooperierenden Verbände, zu denen auch der DEVAP gehört, fordern von der Regierung, die dringenden politischen Weichenstellungen für die Umsetzung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs unverzüglich anzugehen. Der Zusammenschluss aus 23 bundesweit aktiven Sozial- und Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, Berufsverbänden sowie Selbsthilfeorganisationen mit über 13,6 Mio. Mitgliedern hat dies in einem Brief an die Gesundheitspolitiker auf Bundesebene eingefordert.

Darin begrüßen die Bündnis-Mitglieder die in der Begründung zum Entwurf eines Fünften SGB XI-Änderungsgesetzes geäußerte Absicht, in dieser Legislaturperiode den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff auf der Grundlage der Empfehlungen des Expertenbeirats in Verbindung mit entsprechenden leistungsrechtlichen Bestimmungen einzuführen. Darüber hinaus sind jedoch ein verbindlicher Zeitplan und ein Gesamtkonzept notwendig.

Deshalb sollte der vorliegende Gesetzesentwurf um Festlegungen ergänzt werden, und zwar hinsichtlich der weiteren gesetzlichen Maßnahmen, der erforderlichen untergesetzlichen Maßnahmen/Richtlinien, Selbstverwaltungsaufgaben und Schulungen. Auch Aussagen zur Finanzierbarkeit des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs sollten aufgenommen werden, um Planungssicherheit für die betroffenen Menschen, Einrichtungen und Dienste zu schaffen.

Das Bündnis hält es für erforderlich, dass zum 1. Januar 2016 ein Gesetz zur Einführung eines neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs in Kraft tritt, damit Anfang 2017 das neue Leistungsrecht in der Praxis angewendet werden kann.

mischen und sozialen Leistungsfähigkeit orientiert. Zielsetzung sollte die Entfaltung förderlicher Rahmenbedingungen mittels kleinräumiger Unterstützungsnetzwerke und einem Hilfe-Mix aus Familien, Nachbarschaft, bürgerschaftlichem Engagement und professionellen Dienstleistern sein.

Diese Grundannahme für die Reformansätze leitet sich aus der Vermutung ab, dass nur „Caring Communities“ das Potential abbilden können, um der kommenden Versorgungslücke zu begegnen. Diese Lücke, die durch eine steigende Anzahl hilfs- und pflegebedürftiger alter Menschen einerseits und einer sinkenden Anzahl Pflegenden andererseits entsteht, soll hierbei nicht durch eine zentrale Planung nach bundeseinheitlichen Standards nationaler Sozialkassen geschlossen werden. Vielmehr geht es darum, kleinräumig vor Ort in den Kommunen und Wohnquartieren Freiräume zur vielfältigen Ausgestaltung entstehen zu lassen.

Die demografisch und gesellschaftlich bedingten kommenden Aufgaben der deutschen Altenhilfe lassen sich nicht mit Vorgaben bewältigen, die „mehr vom Gleichen“ fordern und die bloße Weiterentwicklung der Pflegeversicherung im gegliederten System der sozialen Sicherung berücksichtigen. Notwendig ist eine Strukturreform, die sich daran orientiert, von den Menschen aus zu denken, ihren Bedarf zu sichern, Angebote regional zu steuern und dabei Ressourcen zu schonen. Zudem müssen die Kommunen stärker in die Lage versetzt werden, Angebote vor Ort zu gestalten und zu steuern. Nur wer diese Zusammenhänge berücksichtigt, kann die Zivilgesellschaft ansprechen und Formen von Solidarität aktivieren. Gerade in diesem Kontext könnten neue Potentiale und Ansätze für diakonische Ziele der Wohlfahrtspflege entdeckt werden, die über eine Renaissance der Subsidiarität die Beziehungsgestaltung zu hilfs- und pflegebedürftigen Menschen weiterentwickeln.

Grundlegende Merkmale der Strukturreform

Nach der Einführung des neuen Pflegebegriffs bedarf es einer grundlegenden Strukturreform, die durch die Stärkung von Prävention, Rehabilitation und einer Steigerung der Systemeffizienz durch eine Neuordnung der Leistungssysteme gekennzeichnet ist. Leitendes Merkmal bei dieser Neuordnung sollte die Differenzierung von „Cure-“ und „Care“-Leistungen sein, die insbesondere das AGP-Reformpapier positioniert. Diese Neuordnung entsteht durch die leistungsrechtliche Zusammenführung sämtlicher medizinisch-fachpflegerischer Leistungen inklusive der umfassenden Reha-Verantwortung als Sachleistungen bei der Kran-

kenkasse („Cure“-Leistungen). Dem stehen ergänzend sektorenübergreifende und flexible Ansprüche für unterstützende haushalts- und personenbezogene Leistungen zur Alltagsbewältigung gegenüber, die als Sorgeleistungen der Pflegeversicherung, der Eingliederungshilfe und der Hilfe zur Pflege eine Teilhabe im umfassenden Sinn ermöglichen („Care“-Leistungen).

Ein Reformpapier des KDA und der Friedrich-Ebert-Stiftung unterstreicht die Notwendigkeit der Neubestimmung der Rollen der Kommunen und der Sozialversicherung, um eine Kooperation und Koordination der Cure- und Care-Leistungen zu garantieren. Hierbei ist das Sicherstellen der Leistungen (unbeschadet der Ergänzungsfunktion der Sozialhilfe) eine vorrangige Aufgabe der Sozialversicherung. Die Koordinierung der örtlichen Akteure (Kostenträger, Leistungserbringer und Zivilgesellschaft) und der Dienstleistungs- und Beratungsstruktur, an der beide mitwirken müssen, bedarf einer Neujustierung. Aufgrund des örtlichen Bezugs muss eine kommunale Federführung gesichert werden, die auch der kommunalen Selbstverantwortung entspricht (vgl. Art. 28 GG). Hierzu muss die rechtliche Verbindlichkeit durch die Aufnahme der Pflege in das SGB IX und die Weiterentwicklung der schon vorhandenen Kooperationsvorschriften geschaffen werden. Genauso wichtig ist eine hinreichende Finanzausstattung der Kommunen, um die notwendigen Einrichtungen und Dienste abzusichern, die verschiedenen Interessen der Beteiligten vor Ort zu moderieren und die Versorgungsleistungen aufeinander zu beziehen. An dieses Merkmal knüpft auch die alte Forderung des Netzwerks SONG nach einem „Kümmerer“ bzw. Dienstleistungs- und Netzwerkmangement im Wohnquartier an: Dabei soll den Kommunen eine „Gewährleistungsverpflichtung“ für Quartiersmanagement/ Gemeinwesenarbeit verbindlich zugeschrieben werden. In Kooperation bzw. Delegation mit der Freien Wohlfahrtspflege sollen lokale Nachbarschafts- und Hilfenetzwerke aktiv begleitet, moderiert und gefördert und damit die Quartiersnahe Versorgung, wie sie beispielsweise durch SONG entwickelt wurde, in der Fläche gestaltet werden.

Die Weiterentwicklung des Sachleistungsbudgets wird im Reformpapier des AGP-Instituts zu einem neuen individuellen Leistungsarrangement. Leistungen zur Teilhabe sollen aus der Pflegeversicherung und der Eingliederungshilfe bzw. einem neuen „Bundesleistungsgesetz Teilhabe“ wertgleich in Sachleistungsbudgets umgewandelt werden. „Dadurch können die Pflegebedürftigen die für sie individuell notwendigen Leistungen frei und flexibel zusammenstellen – unabhängig von der jeweiligen Wohnform

(ambulant/stationär) und von leistungsrechtlichen Zuordnungen.“ Die Veranstalter gehen davon aus, dass ein mögliches gemeinsames Zeitfenster der von Bund und Ländern geplanten Teilhabereform für Menschen mit Behinderungen (früher Bundesleistungsgesetz genannt) und eine Grundsatzreform der Pflege Potentiale der Synchronisation der angestrebten Veränderungen und der sozialpolitischen Ziele ermöglicht.

Neue SONG-Forderungen

Das „Netzwerk: Soziales neu gestalten“ (SONG) stand in der Vergangenheit wesentlich für die Weiterentwicklung des ambulanten Regelsystems und damit auch der rechtlichen und finanziellen Ausstattung eines notwendigen Geschäftsmodells für die Quartiersnahe Versorgung. Wesentlich war immer, dass diese Perspektive nicht gegen die stationäre Versorgung gerichtet ist, sondern auf die Entwicklung zivilgesellschaftlicher, solidarischer Strukturen, die das heutige letzte Drittel der Pflegebedürftigen in der stationären Versorgung absichert. Es wird unterstellt, dass ohne die Solidarität von Partnern, Freunden, Angehörigen



und Nachbarn der so genannte „Heimsoğ“ größer und die stationäre Versorgung bereits heute nicht mehr finanzierbar wäre. Der gesellschaftliche und demografische Wandel belegt einen Anstieg singularisierter Lebensstile, räumlicher Distanz von Familien u.a.m., was einen Rückgang dieses solidarischen Versorgungspotentials vermuten lässt. Vor diesem Hintergrund sieht das Netzwerk nunmehr die Notwendigkeit, die Potentiale von nicht hilfs- und pflegebedürftigen alten Menschen anzusprechen. Die demografisch bedingte Verknappung von hauptamtlichem Personal in Gesundheits- und Pflegeberufen wird bereits ab 2025 hunderttausende Mitarbeiter vermissen lassen, die nicht geboren worden sind. Die in der Menschheitsgeschichte neuartige Lebensphase „Alter“ bringt jedoch eine Wachstumsressource und deutliche Zunah-

me rüstiger Rentnerjahrgänge hervor, denen es ein Angebot zu machen gilt, für eine (von mehreren) Sinnperspektive für diese neue Lebensphase, die auch in Care-Leistungen bestehen könnte. Ziel ist ein Rechtsanspruch auf einen Bundesfreiwilligendienst für Rentner.

Das Netzwerk SONG fordert in einem ersten Schritt einen Modellversuch mit folgenden Bausteinen:

- Rechtsanspruch auf Teilnahme am Bundesfreiwilligendienst mit entsprechender Qualifizierung bei Renteneintritt,
- Aufbau eines Bildungsangebotes zu Engagementpotentialen in der nachberuflichen Phase,
- Einsatz der Bundesfreiwilligen in einem abgestimmten Konzept zwischen Kommunen und Wohlfahrtsverbänden im abgestimmten Einsatzsektor,
- Evaluation des Modellvorhabens (Engagementbereitschaft und Kompetenzzuwachs Älterer, Stärkung von Pflege- und Teilhabestrukturen.)

Bertelsmann Stiftung für regionales Pflegebudget

Die Bertelsmann Stiftung hat zur Weiterentwicklung der „Pflege vor Ort“ ein Konzept für ein regionales Pflegebudget entwickelt und zur Diskussion gestellt. Die Vision des Konzeptes geht davon aus, dass ein regionales Pflegebudget die Eigenverantwortung und Selbstbestimmung sowie die Versorgung in der eigenen Häuslichkeit bzw. zumindest des eigenen Sozialraums absichern kann. Ein wesentliches Konzeptmerkmal und gleichzeitig Voraussetzung ist das Übertragen der Planungs- und Steuerungsverantwortung der finanziellen Ressourcen an die Kommunen. Hierbei erhalten die Kreise und kreisfreien Städte ein monatliches Budget aus der sozialen Pfl-

Bericht aus Berlin

Liebe Leserin, lieber Leser,

nach der Beratung durch den Bundestag und den Bundesrat soll am 1. Januar 2015 das 1. Pflegestärkungsgesetz in Kraft treten. Es umfasst einige Leistungsausweitungen, die wir als kurzfristige Verbesserungen betrachten. So werden Kurzzeit-, Verhinderungs- sowie Tages- und Nachtpflege ausgebaut und besser miteinander kombiniert. Erstmals erhalten alle Pflegebedürftigen Anspruch auf Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und zusätzliche Betreuungsleistungen. Im stationären Bereich wird die Zahl der zusätzlichen Betreuungskräfte deutlich erhöht. Die geplante Umwidmung des halben Pflegesachleistungsbudgets nach § 45b Abs. 3 SGB XI sowie die geplante Regelung, zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen durch ehrenamtlich tätige Menschen erbringen zu lassen, lehnen wir jedoch strikt ab.

Außerdem will der Gesetzgeber einen Vorsorgefonds einrichten, um absehbare Herausforderungen zu bewältigen, ohne kommende Generationen dabei unzumutbar zu belasten. Hierfür sind ab 2015 0,1 Beitragsprozentpunkte reserviert. Dieses Vorhaben ist grundsätzlich nachvollziehbar, jedoch auf diesem Weg nicht zu erreichen. Vielmehr müssen die vorhandenen Mittel jetzt investiert werden. Sie werden dringend für eine angemessene Finanzierung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs und Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel benötigt.

Auch die geplante Leistungsdynamisierung um vier Prozent greift zu kurz. Seit Jahren führt die fehlende kontinuierliche Anpassung der Versicherungsleistungen an die Preis- und Lohnentwicklung zu einem deutlichen Wertverlust der Pflegekassenleistungen. Hier besteht erheblicher Nachholbedarf, um die Eigenanteile der pflegebedürftigen Menschen nicht weiter steigen zu lassen und somit das bereits bestehende Risiko von Armut durch Pflege zu verringern. Der DEVAP wird den Gesetzgebungsprozess weiterhin kritisch begleiten.

Es grüßt Sie herzlich

Imme Lanz

Für generalistische Ausbildung

Verbände werben

Eine breite Allianz von Verbänden spricht sich in einer Presseerklärung für eine generalistische Pflegeausbildung aus. Sie sehen in der gemeinsamen Ausbildung der bisherigen Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege die Zukunft des Berufsfelds. Die Forderung nach der Einführung einer generalistischen Pflegeausbildung wird seit Jahren von der Diakonie Deutschland, dem Deutschen Caritasverband und ihren Fachverbänden DEVAP, DEKV (Deutscher Evangelischer Krankenhausverband), VKAD (Verband katholischer Altenhilfe in Deutschland) und KKVD (Katholischer Krankenhausverband Deutschland) sowie dem Deutschen Pflegerat und seinen 16 Mitgliedsverbänden erhoben.

Der Wandel der Ausbildung wird durch veränderte Anforderungen an Pflegekräfte im Krankenhaus und in der Altenpflege notwendig: Durch eine kürzere Verweildauer im Krankenhaus müssen immer mehr ältere Menschen in stationären Pflegeeinrichtungen und durch ambulante Pflegedienste medizinisch weiterversorgt werden. Gleichzeitig steigt die Zahl älterer Patienten in den Krankenhäusern. In der Akutversorgung sind daher mehr sozialpflegerische und gerontologische Kenntnisse notwendig. Auf diese veränderten Anforderungen bereitet eine generalistische Ausbildung die Fachkräfte umfassend vor. Diese berufliche Qualifizierung und die darauf aufbauenden Spezialisierungen ermöglichen Pflegefachkräften zukünftig einen flexiblen Wechsel zwischen den verschiedenen Tätigkeitsfeldern. Dies steigert die Attraktivität des Pflegeberufs und wirkt so dem Fachkräftemangel entgegen. Eine generalistische Pflegeausbildung sichert zudem die Anerkennung des Berufsabschlusses in allen EU-Mitgliedstaaten.

Das Diakonie-Berufportal liefert Informationen zur generalistischen Pflegeausbildung unter <http://www.soziale-berufe.com/inhalt/generalistische-pflegeausbildung.html>.

geversicherung. Der Umfang des Budgets bemisst sich nach der Anzahl der im jeweiligen Kreisgebiet gemeldeten Pflegebedürftigen sowie am jeweiligen Grad der Pflegebedürftigkeit. In welchem Pflegesetting die Pflegebedürftigen versorgt werden (informelle Pflege durch Angehörige, ambulant professionelle Pflege, stationäre Pflege), hat keinen Einfluss auf die Höhe des Budgets. Aufgabe der Kreise und kreisfreien Städte wird es, den individuellen Leistungsanspruch der Pflegebedürftigen weiterhin zu sichern und, der genannten Vision folgend, letztlich den Herausforderungen des demografischen Wandels zu begegnen. Es soll ein Mechanismus entfaltet werden, der zum Ausbau von Beratung und Case- und Care-Management-Strukturen führt und die Pflegeinfrastruktur in den Wohngebieten durch die Steuerungskompetenz der Kommunen fördert. Das Konzept der Bertelsmann Stiftung belegt durch umfassende beispielhafte Rechenbeispiele die Potentiale und finanziellen Wirkungen dieses Vorhabens bzw. Gedankenmodells.

Vertreter des Netzwerks SONG befürworteten, dieses Konzept auf spezifische Zielgruppen der pflegerischen Versorgung hin weiter zu entwickeln bzw. die Fokussierung dieser Steuerung auf Menschen mit Demenz, die durch Quartiersnahe Angebote sowohl in ihrer Selbständigkeit als auch in der eigenen Häuslichkeit verbleiben könnten.

Rückblick Aktionstag der Diakonie „Rettungspaket Altenpflege“

100.000 Postkarten für Gesundheitsminister Gröhe

Am „Internationalen Tag der Pflege“ am 12. Mai gingen diakonische Pflegeeinrichtungen, Dienste, Landesverbände und Altenpflegeschulen in ganz Deutschland auf die Straße. Von Nord nach Süd und von Ost nach West meldeten sich diakonische Akteure zu Wort, um im Rahmen des „Aktionstages Altenpflege 2014 der Diakonie“ öffentlich Verbesserungen für die kritische Situation in der Pflege zu fordern. Durch die außerordentlich hohe Beteiligung gelang ein großer Erfolg.

Um 5 vor 12 Uhr packten tausende Akteure zeitgleich symbolische Rettungspakete mit persönlichen Forderungen von Mitarbeitenden, Betroffenen und Angehörigen und schickten diese an Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe. Die Beteiligung war außerordentlich hoch: Viele lokale Aktionen fanden vor Pflegeeinrichtungen und Diakonie-Sozialstationen statt, außerdem gab es zentrale Veranstaltungen auf Marktplätzen, vor Rathäusern oder Landtagen. Es wurden Mauern aus Kartons gestapelt, lila Segel auf Schiffen gesetzt und lila Luftballons mit Postkarten in die Luft steigen gelassen. Protestzüge zogen durch Straßen, es wurde mit Politikern diskutiert oder in Fußgän-

Mehr vom Gleichen geht nicht

Bewertet man die Einführung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs als die kommende Reform, lassen sich alle Konzepte und Forderungen als Inhalte definieren, die in Folgeformen abgebildet werden könnten. Ob und in welcher Qualität dies erfolgt, welche Chancen und Risiken mit den Überlegungen für den diakonischen Auftrag, für diakonische Träger und die Sozialpolitik verbunden sind, bleibt in einem konkretisierten Diskurs zu klären.

Alle dargestellten Perspektiven unterstellen jedoch, dass „mehr vom Gleichen“ nicht die Lösung der heutigen und kommenden Herausforderungen bedeuten kann. Die bestehenden Geschäftsmodelle der Altenhilfe und -pflege müssen im Rahmen der gesellschaftlichen und demografischen Entwicklung auf den Prüfstand. Hier nicht zum Spielball der gesellschaftlichen und politischen Veränderungen zu werden, sondern zum Akteur, der Soziales neu gestaltet und sich in Diskurse zu Grundsatzreformen einbringt, positioniert oder sogar eigene Konzepte als (Gegen-)Entwürfe entwickelt, könnte auch für die Diakonie eine besondere Herausforderung und Aufgabe werden.

Dr. Bodo de Vries, stellvertretender Vorsitzender Ev. Johanneswerk, Bielefeld
Stellvertretender Vorsitzender des DEVAP
bodo.de-vries@johanneswerk.de

gerzonen über die Situation in der Pflege informiert. Auf den folgenden Seiten dieses Hefts sind Eindrücke versammelt, die zeigen, wie engagiert und kreativ die lokalen Aktivitäten gestaltet wurden. Weitere Fotos und Berichte sind auf der (öffentlich einsehbaren) Seite www.facebook.com/diakonie unter dem Hashtag #AktionstagAltenpflege zu finden sowie auf der facebook-Seite des DEVAP.

In Berlin, wo ebenfalls zahlreiche Einrichtungen und Sozialstationen für Verbesserungen demonstrierten, übergaben Diakonie-Präsident Johannes Stockmeier und die DEVAP-Vorsitzende Renate Gamp das ers-



te symbolische Rettungspaket an den Bundesgesundheitsminister. „Die Beteiligung am Aktionstag ist überwältigend“ resümierte die DEVAP-Vorsitzende Renate Gamp. Der große Einsatz so vieler Betroffener zeige deutlich, wie dringend die Altenhilfe ein Rettungspaket braucht. „Die Pflegenden leisten tagtäglich gute Arbeit, aber stehen unter großem Druck. Damit wir Bewohner und Patienten auch weiterhin gut betreuen können, brauchen wir nachhaltig bessere Rahmenbedingungen. Diese Botschaft hat die diakonische Altenhilfe mit großem Erfolg überall in Deutschland in die Gesellschaft getragen“.

Und die Botschaft hat enorme Aufmerksamkeit erzielt - auf politischer Ebene durch die Ansprache vieler Politiker ebenso wie in den Medien: Noch nie wurde über ein diakonisches Thema in so kurzer Zeit so oft und so viel berichtet, ergibt eine erste Medienauswertung der Pressestelle der Di-

akonie Deutschland. Etwa 1.000 Mal kam der „Aktionstag Altenpflege der Diakonie“ in den Medien vor, im Printbereich, Online, TV, Hörfunk und in den sozialen Medien.

Bei Redaktionsschluss war die Auswertung des Aktionstags noch nicht abgeschlossen. Die Zahl der Pakete und Postkarten, die im Bundesgesundheitsministerium angekommen sind, ist noch nicht komplett erfasst. Allein in der Bonner Dependence des BMG sind knapp 100.000 Postkarten eingegangen. Sie wurden bereits ausgewertet und nach Berlin weitergeschickt. Ein kleiner Teil der Postkarten mit den Forderungen konnte auch bereits von Seiten der Diakonie Deutschland gesichtet werden. Als erster Trend zeigt sich: Viele fordern weniger Bürokratie und mehr Zeit für die Menschen, besseres Gehalt und mehr Personal, außerdem die Einführung einer bundesweit einheitlichen generalistischen Ausbildung und mehr gesellschaftlicher Anerkennung des Pflegeberufs.

Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe

Wir lassen nicht locker!

Nach dem Motto „Die Diakonie lässt nicht locker“, so die Überschrift in Bielefeld, beteiligten sich in ganz Nordrhein-Westfalen über 100 Träger mit ihren ambulanten und stationären Einrichtungen am Aktionstag. An vielen Orten machten sie auf die Situation der Altenpflege aufmerksam. Die Aktionen reichten von kleinen, internen Veranstaltungen mit Betroffenen, Angehörigen und Mitarbeitenden, z. B. in der Tagespflege mit Diakonie-Luftballons, bis hin zu Großveranstaltungen mit Demonstration und Sternfahrt wie in Düsseldorf, Münster, Bielefeld, Minden, Köln, Bonn und vielen anderen Städten. An den Aktionen beteiligten sich meist mehrere Träger und Einrichtungen der Diakonie und – wie zum Beispiel in Bonn – auch andere Wohlfahrtsverbände. Bei vielen Aktionen wurden mit Landes- und Bundespolitikern aus der Region Forderungen diskutiert. In fast allen nordrhein-westfälischen Regionen wurde in den regionalen und überregionalen Teilen der Tageszeitungen sowie im Radio über die Aktion berichtet. Einige schafften es sogar bis in die regionalen Fernsehnachrichten.

„Die Aktion ist Teil einer langfristigen Strategie, um Politik und Gesellschaft von der Notwendigkeit besserer Rahmenbedingungen für die Pflege zu überzeugen. Bei diesem Thema lassen wir nicht locker, bis sich wirklich etwas verbessert hat!“ erklärte Ulrich Christofczik, Geschäftsbereichsleiter für Pflege, Alten- und Behindertenarbeit in

der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe (RWL). Christofczik verwies auf eine Reihe von öffentlich wirksamen Aktionen, darunter die Aktionen im Vorjahr, an denen die Diakonie RWL maßgeblich beteiligt war („Hilfe – mehr Zeit für die Pflege“ und „An die Pflege denken“). Zwei Forderungen standen im Mittelpunkt:

Diakonie-Positionspapier

Pflegeversicherung

Die Diakonie Deutschland hat ein Positionspapier mit dem Titel: „Positionen der Diakonie zur Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ entwickelt. Die in diesem Papier unter Mitwirkung von DEVAP-Vertretern formulierten Positionen wurden auf der Grundlage der praktischen Erfahrungen diakonischer Einrichtungen und Dienste sowie unter Beobachtung gesellschaftlicher Veränderungen erarbeitet.

Die Empfehlungen orientieren sich an den sozialetischen Grundsätzen der evangelischen Kirche. Der christliche Glaube weiß um die besondere Würde eines jeden Menschenlebens, das auch in Zeiten von Verletzlichkeit, Hilfe- und Pflegebedürftigkeit nichts von seinem Wert einbüßt. Vor diesem Hintergrund treten evangelische Kirche und Diakonie für Versorgungsstrukturen ein, die pflegebedürftige Menschen wie auch deren Angehörige unterstützen. Pflege ist Aufgabe des gesamten Gemeinwesens und nicht allein der Familien, die bislang den größten Teil der pflegerischen Arbeit leisten. Infolge veränderter Familienstrukturen und des demografischen Wandels werden Familien in Zukunft einen geringeren Teil der im Umfang zunehmenden Pflege-Arbeit leisten können. Umso wichtiger ist es, die Pflegeversicherung tragfähig auszugestalten.

In dem Papier wird ein weitgehender Reformbedarf der sozialen Pflegeversicherung gefordert. Dies betrifft den Realwertverlust der Versicherungsleistungen und die daraus folgende, höhere finanzielle Belastung der pflegebedürftigen Menschen. Aber auch die veränderten gesellschaftlichen Erwartungen an die Pflege im hohen Alter sind zu berücksichtigen.

Das Positionspapier (erschieden in der Schriftenreihe „Diakonie Texte“ unter der Nummer 05.2014) wird demnächst unter www.diakonie.de/texte kostenlos zum Download bereit stehen. Als Printversion kann es über den Zentralen Vertrieb der Diakonie Deutschland vertrieb@diakonie.de bestellt werden.

Jetzt Veranstaltung eintragen

Aktionswoche fürs Engagement

2014 heißt es zum 10. Mal „Engagement macht stark!“. Und auch in diesem Jahr ruft das „Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement“ (BBE) wieder auf, sich an der bundesweiten Aktionswoche zu beteiligen. Gemeinsam möchte das Netzwerk für die zahlreichen Engagementthemen vom 12. bis 21. September mehr mediale Aufmerksamkeit und Anerkennung für Engagement erreichen. Bundespräsident Joachim Gauck ist Schirmherr der Aktionswoche; das ZDF weiterhin Premium-Medienpartner.

Wer eine Veranstaltung plant, kann diese unter dem Link <http://www.engagement-macht-stark.de> unter dem Menüpunkt „Aktionswoche“ in den Engagementkalender eintragen und sich vorstellen. Der Kalender bietet Veranstaltern die Möglichkeit, ihre Aktion einer breiten Öffentlichkeit zu präsentieren – auf regionaler und überregionaler Ebene. Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Projekte, Initiativen, Stiftungen, Organisationen und Unternehmen können sich individuell beteiligen: mit einem Tag der offenen Tür, einer Fachveranstaltung, einem Aktionstag, Lesungen, Workshops, freiwilligen Arbeitseinsätzen, Ausflügen, Sportveranstaltungen u.v.m. Über die Suchfunktionen des Kalenders findet man z.B. Veranstaltungen in der Nähe oder zu bestimmten Themenbereichen. Wer mitmachen möchte, findet unter dem Hinweis „Engagierte gesucht“ einen Überblick, an welchen Aktionen man sich beteiligen kann.

Am 19. September ist der Thementag „Demografie“. Im Rahmen des generationenübergreifenden Ansatzes geht es an diesem Tag sowohl um Möglichkeiten und Formen des Engagements von Menschen jenseits der Berufstätigkeit als auch um zivil- oder bürgergesellschaftliche Formen des Engagements für die alternde Bevölkerung.



Mehr Geld für die Pflege

„Die Mitarbeitenden gehen dafür auf die Straße, dass sie auch in der Zukunft noch würdevoll pflegen können. Das ist heute schon angesichts knapper Mittel für die Altenpflege nur schwer möglich“, erklärte Pfarrer Christian Heine-Göttelmann, Vorstand der Diakonie RWL. Notwendig sei mehr Geld für die Pflege. Dies gehe, wenn die Pflegeversicherung sozial gerechter finanziert werde, so Heine-Göttelmann. Dafür müsse auch über die Einbeziehung anderer Einkommensarten, wie Kapital- und Mieterträge, gesprochen werden. Heine-Göttelmann kritisiert, dass die überfällige Pflegereform nur halbherzig angegangen und die Einführung eines neuen Pflegebegriffs verschoben wurde.

Beruf der Pflege aufwerten

Der neue Pflegebegriff muss jetzt eingeführt werden, um die Ungerechtigkeit in der Ge-

währung von Leistungen zu beenden, forderte Ulrich Christofczik. Dringlich sei die Reform aber auch, um den Beruf der Pflege wieder aufzuwerten. Christofczik hinterfragt in diesem Zusammenhang die erste Stufe der Pflegereform, die eine zusätzliche Betreuung von Menschen mit Demenz durch niedrig qualifizierte Kräfte vorsieht. Diese Aufstockung sei grundsätzlich begrüßenswert und werde vor Ort eine echte Entlastung

bringen. „Der Einsatz von zusätzlichen Betreuungskräften darf aber nicht dazu führen, dass die Tätigkeit von ausgebildeten Pflegerinnen und Pflegern allein auf körperliche Bedürfnisse beschränkt wird“, erklärte Christofczik. Sonst werde der Beruf der Pflege weiter an Attraktivität verlieren. „Der Beruf der Pflege ist für junge Menschen nur dann attraktiv, wenn er auch Aufgaben der ganzheitlichen Betreuung mit einschließt.“

Weitere Informationen zum Aktionstag in RWL unter www.diakonie-rwl.de/themen/altenhilfe



Rückenwind für das Rettungsboot

„Der Wind ist ideal und kommt mit Windstärke 3 – 4 aus Südwest“, sagt Jörg Lehmann, Trainer vom Schweriner Seglerverein von 1894. Für den Diakonie-Pflege-Aktionstag in Schwerin hat er kurzerhand den Segelunterricht für seine 5. und 6. Klasse vom Sportgymnasium an den Schweriner Pfaffenteich verlegt. Jetzt ziehen die Segler mit ihren „Optimisten“ ihre Kreise auf dem Wasser. Die Forderungen des Aktionstages leuchten auf den blauen Segeln. Mitten drin schwankte ein Rettungsboot, deutlich zu erkennen, die darin befindlichen Rettungspakete.

Rund 300 Pflegekräfte und Pflegeschülerinnen und -schüler versammeln sich an der Wasserpromenade. Passanten bleiben neugierig stehen. Die Musiker von „Ataraxia“ rocken mit Vibraphon und Trommelklängen. Große fliederfarbene Kartons stehen im Kreis. „Gerechte Finanzierung“, „Familäre Entlastung“, „Attraktive Ausbildung“ und „Würdevolle Pflege“ ist zu lesen. Auf der Bühne führt Diakoniepastor Martin Scriba Interviews. Sozialministerin Birgitt Hesse legt kurzerhand ihr Manuskript zur Seite. Ihr Vorschlag, sich dafür einzusetzen, dass künftig für die Ausbildung zur Altenpflege auch an den Freien Schulen kein Schulgeld zu zahlen ist, findet viel Zustimmung. Der Präses der Synode der Nordkirche Andreas Tietze betont, wie wichtig der Faktor Zeit ist: „Die Pflege muss so gestaltet sein, dass die Pflege nach Stoppuhr eingestellt wird und Raum für Gespräche und Seelsorge bleibt.“ Auch die Kirche sieht er dabei in der Pflicht. Er will sich dafür einsetzen, dass die Mitarbeitenden Zeitressourcen für die Begleitung der Pflegebedürftigen und Kranken erhalten.

Spontan nutzte Marianne Dann, langjährige Leiterin der Diakonie-Sozialstation in Crivitz, die Kundgebung und bedankte sich bei allen, die pflegen, für ihren wichtigen und aufopferungsvollen Dienst. Dann packten alle mit an. Mit kräftigem Hauruck wurde das Rettungsboot mit den Forderungen des Aktionstages an Land gezogen. „Wir sind sehr zufrieden mit dieser Kundgebung“, sagt Di-

akoniepastor Martin Scriba. Landesweit hat die Diakonie für große Aufmerksamkeit für das Thema Pflege gesorgt.

Auch die begleitenden „Dialoge zur Pflege“ in allen Wahlkreisen mit Abgeordneten des Bundestages und des Landtags Mecklenburg-Vorpommern haben das Thema Pflege stärker in den Vordergrund gerückt. „Hier hat ein intensiver Dialog begonnen, der die weiteren Gesetzgebungsverfahren in Bund und Land begleiten wird“, sagt Martin Scriba. Wir freuen uns über das große Interesse der Abgeordneten und natürlich über das engagierte Mitwirken unserer Träger, der Mitarbeiterinnen, vieler Pflegebedürftiger und ihren Angehörigen. Das macht Mut, denn die vielfältigen Probleme können nur gemeinsam angepackt werden.“

Carsten Heinemann, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Diakonisches Werk Mecklenburg-Vorpommern e. V

Demenzkompetenter Pflegedienst

Jetzt wird es spannend: Die Bewerbungsfrist für den besten diakonischen demenzkompetenten Pflegedienst ist abgelaufen. Wie berichtet, haben der DEVAP und die Deutsche Alzheimer Gesellschaft einen Preis ausgelobt. Gemeinsam suchen wir das beste Konzept bzw. herausragende Best-Practice-Beispiel zur Pflege und Betreuung von an einer Demenz erkrankten Menschen, die in ihrem eigenen Zuhause wohnen.

Jetzt geht die Jury ans Werk, die die schwierige Aufgabe hat, die zahlreichen Einsendungen zu sichten und eine Entscheidung zu treffen. Sie setzt sich aus Vertretern der Veranstalter und der Sponsoren sowie aus der Wissenschaft und den Medien zusammen. Die Wissenschaft ist durch Prof. Dr. Sabine Bartholomeyczik, Professorin für Pflegewissenschaft, vertreten. Als Medienrepräsentantin konnte die bekannte Journalistin und Autorin Wibke Bruhns gewonnen werden. Auch der Songschreiber Purple Schulz arbeitet mit. Durch die Erkrankung seines Vaters erfuhr der Sänger, was eine Demenz bedeutet. Er hat einen Song geschrieben, der sich dem Thema Alzheimer Demenz mit Sachverstand, Einfühlungsvermögen und Wissen nähert. Die Alzheimer Selbsthilfe und Purple Schulz haben bereits mehrfach zusammen gearbeitet.

Die drei überzeugendsten Bewerber werden im Rahmen des 8. Kongresses der Deutschen Alzheimer Gesellschaft „Demenz – jeder kann etwas tun“ ausgezeichnet. Die Prämierung findet am 23. Oktober 2014 in Gütersloh statt. Der Gewinner erhält ein Preisgeld in Höhe von 3.000 Euro, der Zweit- und Drittplatzierte erhalten 2.000 bzw. 1.000 Euro. Die besten Konzepte und Praxisbeispiele sollen anschließend in einer Dokumentation veröffentlicht werden und so allen Pflegediensten als Handlungsempfehlung dienen. Die Ausschreibung wird von der „Curacon GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft“ und der „Bank für Sozialwirtschaft AG“ unterstützt.



Ehrenamtsprojekt gewürdigt

„Diakonie Haltestelle“

Das Diakonische Werk Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz hat das 10jährige Bestehen des Ehrenamtsprojekts „Diakonie Haltestelle“ mit einem Festgottesdienst gefeiert. In der „Haltestelle Diakonie“ betreuen Ehrenamtliche Menschen mit Demenz an 40 Standorten in Berlin und Brandenburg.

Barbara Eschen, Direktorin des Diakonischen Werkes, sagte den Ehrenamtlichen in ihrer Predigt: „Es ist gewiss eine bereichernde Tätigkeit, auf jeden Fall auch eine, für die wir als Gesellschaft Ihnen dankbar sein können. Sie helfen, dass Menschen mit Demenz am Leben in Nachbarschaft und Gemeinde teilhaben können. Sie unterstützen Angehörige. Sie tragen das Thema in die Öffentlichkeit und machen Mut, sich damit auseinander zu setzen. 10 Jahre gibt es nun die Haltestellen. Ein beeindruckendes Engagement, für das wir Danke sagen. Allen, die sich engagieren, allen, die die Arbeit möglich machen in den Gemeinden und bei den Trägern, danke auch dem Berliner Senat und den Pflegekassen für die kontinuierliche Finanzierung. Gebe Gott, dass dieses Netzwerk noch vielen Menschen Glück und Zufriedenheit, Schutz und Begegnungen ermöglicht.“

Das Projekt „Diakonie Haltestelle“ hat es sich zum Ziel gemacht, Menschen mit Demenz in Einzelbetreuung und in Gruppentreffen zu begleiten und die Angehörigen zu entlasten. Dafür arbeiten 30 Koordinatorinnen und Koordinatoren an 40 Standorten mit mehr als 500 Ehrenamtlichen in Berlin und Brandenburg. In der Gesamtkoordination des Projekts begleitet das Diakonische Werk die Öffentlichkeitsarbeit, die Qualifizierung der Ehrenamtlichen und die Qualitätsentwicklung des Projektes. Der Festgottesdienst fand vor kurzem in der Zwingli-Kirche in Berlin-Friedrichshain statt.

Diakonie Bayern: Schluss mit den Päckchen

Auf die Strasse! Für die Pflege!

Mit einer prominent besetzten Podiumsdiskussion und einer anschließenden Großdemonstration hat die Diakonie Bayern am Internationalen Tag der Pflege das „Rettungspaket Altenpflege“ gefordert. Etwa 1.500 Mitarbeitende und Angehörige demonstrierten in der Nürnberger Innenstadt für verbesserte Rahmenbedingungen in der Altenpflege. Die Politik habe zwar endlich den Handlungsbedarf bei der Pflege realisiert, so der Präsident der Diakonie Bayern, Michael Bammessel. Aber: „Wir wollen, dass diesmal eine wirklich durchgreifende und nachhaltige Pflegereform geschmiedet wird. Mit anderen Worten: Wir fordern, dass endlich das „Rettungspaket Pflege“, kommt, anstatt immer nur kleine Päckchen zu packen.“ Die Politik habe für die kommenden Jahre eine Erhöhung des Beitrags für die Pflegeversicherung um 0,5 Prozent angekündigt. Die Berechnungen der Diakonie aber zeigten, so Bammessel: „Mit dieser Erhöhung des Beitrages werden wir die Probleme der Pflege nicht wirklich lösen können.“ Bammessel forderte unter anderem insbesondere einen Ausgleich für die Kostensteigerungen der letzten Jahrzehnte,

Mittel für eine bessere Personalquote sowie Investitionskostenzuschüsse, um ältere Bauten auf einen zeitgemäßen Standard zu bringen.

land auf die Situation in der Altenpflege aufmerksam. Im Mittelpunkt standen Forderungen der Mitarbeitenden an die politisch Verantwortlichen. Sie wurden in den vergangenen Wochen in den Einrichtungen der Diakonie, aber auch der anderen Verbände gesammelt und am Aktionstag in Form von „Rettungspaketen“ an das Bundesgesundheitsministerium nach Berlin geschickt.

Bei der Podiumsdiskussion in der Nürnberger Sebalduskirche, an der unter anderem auch Bayerns Pflege- und Gesundheitsministerin Melanie Huml teilnahm, betonte Bammessel: „Alle, die von Pflege etwas verstehen, sind sich einig: So geht es nicht weiter.“ Die Pflegekräfte seien nach Nürnberg gekommen, weil ihre Geduld am Ende sei. So sei seit der Einführung der Pflegeversicherung vor zwanzig Jahren die Zeit, die Mitarbeitende für die Ganzkörperwäsche eines pflegebedürftigen Menschen zur Verfügung hätten, von 25 Minuten auf 12 Minuten gesunken. Bammessel: „In der Industrie würde man sagen, die Produktivität sei um fünfzig Prozent gestiegen. Aber wir haben es nicht mit Maschinen zu tun. Uns geht es um Menschen.“

Am „Aktionstag Altenpflege“ machten Einrichtungen Träger der Diakonie in ganz Deutsch-



Der Aktionstag in Hamburg

An der Pflege kommt keiner vorbei!

Die Hamburger Diakonie beteiligte sich mit einer ungewöhnlichen, aufmerksamkeitsstarken Aktion: Frei nach dem Motto „kurz und knackig“ zog ein Protestzug von mehr als 300 Mitarbeitenden aus diakonischen Pflegeeinrichtungen, Seniorenvertretungen, Altenpflegeschülern, Pflegebedürftigen, Angehörigen und FSJlern in weniger als zehn Minuten unter dem Motto „An der Pflege kommt keiner vorbei!“ vom Hamburger Hauptbahnhof in der Innenstadt. Mit dabei hatten die Teilnehmenden kleine und große „Rettungspakete“-Kartons. Um 5 Minuten vor 12 Uhr bauten die Demonstranten dann in kürzester Zeit aus den Umzugskartons eine fünf Meter breite und über zwei Meter hohe Mauer. Damit blockierte die Diakonie die Mönckebergstraße, die zentrale Einkaufsstraße Hamburgs.



Um klar zu kommunizieren, dass die Aktion nicht nur Lobbyarbeit in eigener Sache ist, lag der inhaltliche Schwerpunkt auf dem Thema „Angehörige“. Landespastor und Diakoniechef Dirk Ahrens forderte daher in seiner Rede vor der „Pflege-Mauer“ angesichts der demografischen Entwicklung und der Herausforderungen, die dadurch auf die Versorgung und Betreuung pflegebedürftiger Menschen zukommen, die Zukunft der Altenpflege bereits heute zu sichern: „Das Wichtigste ist uns die Entlastung der Angehörigen. In Hamburg werden rund zwei Drittel der Pflegebedürftigen durch Angehörige gepflegt, ein Drittel davon tut dies ohne jegliche Unterstützung durch ambulante Pflegedienste oder andere Hilfe. Viele sind bereits heute überfordert. Hier müssen wir die Beratung und Schulung ausbauen. Die Finanzierung von Verhinderungspflege und Betreuungsleistungen für Menschen mit Demenz muss deutlich verbessert werden.“ Die gemeinsam vom Fachbereich „Pflege und Senioren“ und der Stabsstelle Öffentlichkeitsarbeit geplante Aktion verfolgte von Anfang an als zentrales Ziel, das Thema in den Hamburger Medien zu platzieren. Da es in Hamburg in der Altenpflege bisher keine ausgeprägte Kampagnenkultur gab, sollte die Aktion auch mit weniger als hundert Teilnehmern funktionieren. Kampagnenleiterin Kirsten Ruhnke: „Wichtig war uns ein starkes Bild, das auch ohne Menschenmas-

sen funktioniert. So entstand die Idee der Pflege-Mauer, an der keiner vorbeikommt.“ Katrin Kell, Leiterin des Fachbereiches Pflege und Senioren, ergänzt: „Außerdem wollten wir den in der Pflege Beschäftigten trotz der angespannten Arbeitssituation die Teilnahme so einfach wie möglich machen. Deshalb keine stundenlange Demo durch Hamburg, sondern eine kurze, prägnante Aktion, die wir nach innen mit dem Slogan: 'Eine halbe Stunde für die Pflege kommuniziert' haben.“ Der Plan ging in beide Richtungen auf: Viel mehr Menschen als gedacht machten mit und praktisch alle wichtigen Hamburger Medien berichteten über den Aktionstag. Zusätzlich gab es im Vorfeld und in der Nachberichterstattung vielfältige Hintergrundberichte.

Eine kleine Bildergalerie zum Hamburger Aktionstag gibt es unter: <http://www.diakonie-hamburg.de/web/rat-und-hilfe/pflege/12.5.2014-Der-Aktionstag-Altenpflege-in-Hamburg>

Demenzhäufigkeit

Neu berechnet

In Deutschland leben gegenwärtig 1,5 Millionen Demenzkranke. Zwei Drittel von ihnen haben bereits das 80. Lebensjahr vollendet, nur etwa 20.000 sind jünger als 65. Sofern kein Durchbruch in Prävention und Therapie gelingt, wird die Zahl der Erkrankten jedes Jahr um 40.000 zunehmen und bis 2050 auf etwa 3 Millionen steigen. Zwei Drittel aller Demenzkranken sind von der Alzheimer-Krankheit betroffen. Das meldet die Deutsche Alzheimer Gesellschaft.

Dies sind die wichtigsten Ergebnisse der Neuberechnung der Zahl der Demenzkranken, die Dr. Horst Bickel, Psychiatrische Klinik und Poliklinik der Technischen Universität München, für die „Deutsche Alzheimer Gesellschaft“ (DAIzG) vorgenommen hat. Die Berechnung basiert auf den vom Statistischen Bundesamt im April 2014 veröffentlichten Bevölkerungsdaten der 2011 durchgeführten Volkszählung. Damit sollten Ungenauigkeiten bei der Fortschreibung der zuletzt 1987 durchgeführten Volkszählung korrigiert werden. Die neue Erhebung hat ergeben, dass die Zahl der Personen über 65, also der Altersgruppe, die besonders von Demenzerkrankungen betroffen ist, geringer ist, als bisher angenommen.

Der Berechnung liegen außerdem die von der Dachorganisation Alzheimer Europe (Luxemburg) ermittelten Prävalenzraten (Prozentsatz der Erkrankten in einer bestimmten Altersgruppe) zugrunde. Diese Raten steigen mit dem Alter steil an. Sie liegen in der Altersgruppe der 65-69-Jährigen bei 1,6%, bei den 80-84-Jährigen bei 15,6% und für die über 90-Jährigen bei fast 41%. Zwei Drittel aller Erkrankten haben bereits das 80. Lebensjahr vollendet; fast 70% der Erkrankten sind Frauen.

In den nächsten Jahrzehnten wird nach Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes die Anzahl der über 65-Jährigen weiter stark ansteigen. Diese Zunahme und die durch wachsende Lebenserwartung bedingte überproportionale Zunahme der Höchstbetagten werden weiterhin die Krankenzahlen erhöhen. Zu erwarten ist, dass die Zahl der Erkrankten Jahr für Jahr um durchschnittlich 40.000 ansteigen und sich bis 2050 auf 3 Millionen verdoppeln wird. Das entspricht einer Zunahme um mehr als 100 zusätzliche Krankheitsfälle an jedem einzelnen Tag im Verlauf der nächsten vier Jahrzehnte.

Soziale Unterschiede

Die Grenzen häuslicher Pflege werden immer dann deutlich, wenn verschiedene Risikofaktoren wie beispielsweise ausgeprägte Pflegebedürftigkeit, soziale Isolation oder geringes Einkommen zusammenkommen. Davon sind alleinlebende Pflegebedürftige besonders betroffen, wie eine repräsentative Studie der Stiftung Zentrum für Qualität in der Pflege (ZQP) zeigt.

Ein Forscherteam des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) untersuchte im Auftrag des ZQP insbesondere die Frage, wie Pflegebedürftige ihre Versorgung im eigenen Zuhause organisieren und welche Faktoren die Gestaltung der häuslichen Pflege maßgeblich beeinflussen.

Insgesamt leben 44 Prozent der Pflegebedürftigen allein, 42 Prozent in einem Zweipersonenhaushalt und lediglich 14 Prozent in Haushalten mit mindestens drei Personen. Dabei gibt fast jeder fünfte alleinlebende Pflegebedürftige an, keine Vertrauensperson zu haben. Zudem verdeutlicht die ZQP-Studie, dass alleinlebende Pflegebedürftige auch finanziell am stärksten durch Pflege belastet sind. Mehr als die Hälfte muss monatlich durchschnittlich 400 Euro aufwenden, während größere Haushalte mit rund 230 Euro deutlich weniger Geld für die Pflege aufbringen müssen. Insgesamt betrachtet verwendet etwa die Hälfte aller Pflegehaushalte in Deutschland durchschnittlich 20 Prozent des Nettohaushaltseinkommens, um die Pflege zuhause organisieren zu können. Überdies bestehen bei den meisten Haushalten kaum finanzielle Reserven.

Weitere Informationen sowie die Kurz- und Langfassung des Berichts gibt es auf der Homepage des Zentrums für Qualität in der Pflege <http://www.zqp.de/index.php?pn=press&id=402>.

Alles neu macht – der Juli

Seit Anfang Juli zeigt sich das Berufsorientierungsportal der Diakonie, das auch der DEVAP und zahlreiche DEVAP-Mitglieder unterstützen, in einem völlig neuen Design. Was hat sich mit dem Relaunch geändert? Projektleiterin Maja Schäfer berichtet, was genau jetzt übersichtlicher, intuitiver und noch zielgruppengerechter ist.

kann nicht jeder.

SOZIALE BERUFE

Das Design des Berufeportals erscheint jetzt in den Hauptfarben lila und blau, angepasst an das Corporate Design der Diakonie. Der bisherige Street-Art-Look wird durch den aktuell in der Jugendkultur angesagten Do-it-yourself-Look ersetzt (hier: Wasserfarben und Aquarell). Auch der Blog wurde an dieses Design angepasst. Das Berufeportal wird (bis auf den Navigator und das Onlinebewerbungstool) jetzt auch auf mobilen Endgeräten, z. B. Smartphones, optimiert dargestellt. Dies war nötig, da bereits ein Viertel der Nutzer (Tendenz steigend) über mobile Endgeräte auf die Seite zugreifen. Inhaltlich ist so gut wie alles aus dem alten Berufeportal enthalten geblieben; die Texte sind nur anders sortiert. Neu sind Specials für Quereinsteiger und Hauptschüler sowie die Berufeporträts Kaufmann/Kauffrau im Gesundheitswesen und Jugend- und Heimerzieher/in. Es gibt keine Kommentarfunktion mehr, da diese ohnehin nicht allzu rege genutzt wurde (70 Kommentare in 2,5 Jahren). Für Fragen ist das Projektteam weiterhin erreichbar, z. B. über die Social-Media-Kanäle.

Wo finde ich was? Da die neue Startseite einen eher spielerischen Zugang zum Thema

Sozial- und Pflegeberufe bietet, gelangen Nutzer, wenn sie einen konkreten Inhalt suchen, am schnellsten über das Menü dorthin, wo sie hin wollen. Das Menü öffnet (und schließt) sich bei Klick auf lila Querstriche oben rechts. Alternativ ist das Menü noch einmal ganz unten auf der Seite zu finden. Die Inhalte sind nach den drei neuen Rubriken „Informieren & Ausprobieren“, „Beruf aussuchen“ und „Bewerben“ sortiert. Die Stellenbörse mit dem Eingabeformular für Ihre Stellenaussagen erreichen Sie unter www.soziale-berufe.com/stellenboerse oder im Menü in der Rubrik „Bewerben“. Ebendort finden Sie auch den Ausbildungsstätten-Navigator mit den Einträgen Ihrer Einrichtungen. Den Downloadbereich mit den bewährten kostenlosen Materialien und Konzepten für Ihre Nachwuchs- und Personalgewinnung finden Sie im Menü unter „Service“ oder unter dem Direktlink www.soziale-berufe.com/downloads. Die Übersicht unserer Unterstützer finden Sie jetzt unter dem Direktlink www.soziale-berufe.com/unterstuetzer.

Bei Fragen kontaktieren Sie bitte gerne: Projektleiterin Maja Schäfer maja.schaef@diakonie.de 030-65211-1866

PTVS

Neuer MDK-Selbsttest verfügbar

Das Evangelische Johanneswerk stellt in Kooperation mit dem DEVAP sowie der Diakonie Rheinland-Westfalen-Lippe erneut einen überarbeiteten MDK-Selbsttest nach den Richtlinien der neuen Pflegetransparenzvereinbarung (PTVS) zur Verfügung. Das Verfahren wurde vom Alters-Institut gGmbH im Auftrag des Evangelischen Johanneswerks entwickelt und steht ab sofort auf der Homepage des Alters-Instituts kostenfrei zum Download bereit. Der Test kann entweder dazu verwendet werden, sich selbst als stationäre Pflegeeinrichtung im Rahmen einer simulierten Prüfung auf eine MDK-Prüfung vorzubereiten oder bereits vorhandene Prüfberichte in Pflegenoten umzurechnen. Interessierte können den Test unter der Adresse www.alters-institut.de abrufen.

15. Berliner Bundestagslauf

Bündnis-Team läuft für gute Pflege

Auf matschigem Boden, bei Dauerregen und kühlen Temperaturen wirkten die knapp 500 Teilnehmer beim 15. Bundestagslauf am 25. Juni alles andere als niedergeschlagen. Obwohl 100 Prozent Niederschlagswahrscheinlichkeit prognostiziert waren, hatten nur Wenige ihre Teilnahme storniert. Aktiv dabei: Ein wetterfestes und sportliches Team des „Bündnisses für gute Pflege“. Unter ihnen auch die DEVAP-Geschäftsführerin Imme Lanz, wie ihre Laufpartner bestens vorbereitet.



Jedes Jahr nehmen Mitglieder und Mitarbeiter des Bundestages, der Fraktionen, der Bundes- und Landesbehörden, der Botschaften sowie aus Verbänden an dem Lauf teil. Bereits vor Monaten hatten sich einige Bündnismitglieder bei einem Sitzungstreffen dazu entschlossen, durch ihren persönlichen Einsatz als Bündnis-für-gute-Pflege-Team den Zusammenschluss, der gemeinsam Perspektiven für eine bessere Pflege in Deutschland fordert, im politischen Berlin noch bekannter zu machen.

Um 12.47 Uhr gab Bundestagspräsident Prof. Dr. Norbert Lammert südwestlich des Reichstagsgebäudes den Startschuss. Sowohl die beiden Laufstrecken über 3.600 m und 7.200 m als auch die 3.600 m lange Nordic Walking Strecke führten durch den Tiergarten. Das Plenargeschehen im wenige Meter entfernten Reichstag hinderte den Bundestagspräsidenten und andere Abgeordnete daran, sich selbst am Lauf zu beteiligen. Namentliche Abstimmungen zum Bundeshaushalt und zu Mandatsverlängerungen der Bundeswehr standen zeitgleich auf der Tagesordnung. „Mein ausdrückli-

ches Bedauern darüber, dass ich diesmal nicht mitlaufen kann, verbinde ich mit allen guten Wünschen an diejenigen, die deswegen noch bessere Siegeschancen haben, als das der Fall wäre, wenn ich wieder mitlaufen würde“, kokettierte Lammert.

Das feuchte Wetter biete ideale Trainingsbedingungen für die Vorbereitung auf den London-Marathon, versuchte ein Moderator die Läufer zu motivieren. Beim Hüpfen von Pfütze zu Pfütze mögen sie doch bitte auf die Markierungen auf dem Boden achten. Schon eine knappe Viertelstunde nach Startschuss „tropften“ denn auch die ersten Läufer der Kurzstrecke wieder ins Ziel. Erfolgreich erreichten die klatschnassen, aber bestens gelaunten Läuferinnen und Läufer des Bündnisses die Ziellinie nebeneinander Hand in Hand, um einen Beweis der guten Kooperation und eine Medaille reicher.

Leitungspraxis in der Pflege

„fit for care“

Das Projekt „fit for care“ des Diakonischen Werkes Hamburg hat einen kostenlosen Praxisleitfaden entwickelt, der sich an Führungskräfte in der ambulanten und stationären Pflege richtet. Die Broschüre mit dem Titel „fit for care – Rollenklärung und Leitungspraxis in der Pflege“ enthält umfassende Hintergrundinformationen, viele Praxisbeispiele, Arbeitshilfen und Anregungen für Veränderungen.

Der Praxisleitfaden bündelt die wichtigsten Erfahrungen und Erkenntnisse aus drei Jahren „fit for care“ und macht sie kompakt allen zugänglich, die nicht am Projekt teilnehmen konnten. Stefan Rehm, für Pflege zuständiger Vorstand des Diakonischen Werkes Hamburg: „Mit dem Projekt „fit for care“ konnten wir als Diakonie im anspruchsvollen und fordernden Arbeitsfeld der Altenpflege die Bedingungen für effektives Leitungshandeln verbessern und Führungskräfte ganz praktisch unterstützen. Diese Erfahrungen wollen wir jetzt weitergeben.“

Das Projekt „fit for care – Projekt zur Personalentwicklung in der Pflege“ begleitete 66 Führungskräfte aus elf stationären und acht ambulanten Pflegeeinrichtungen über zwei Jahre: In Einzel- und Gruppenberatungen sowie auf Fortbildungsveranstaltungen ging es darum, die Führungsstrukturen und die Rahmenbedingungen für Leitungshandeln zu verbessern und die Teilnehmenden in ihrer Führungsrolle zu stärken.

Zu bestellen ist die Broschüre beim Diakonischen Werk Hamburg, Fachbereich Pflege und Senioren, unter der Telefonnummer 040 30 62 0-295. Der Praxisleitfaden steht unter www.fitforcare.de zum Download zur Verfügung. Weitere Informationen zum Projekt: www.fitforcare.de

Jetzt anmelden für den DEVAP-Fachtag im Herbst

Stationäre Pflege 2.0 – Ansätze zur Weiterentwicklung bestehender Altenpflegeeinrichtungen

Um den veränderten Wünschen und Bedürfnissen einer älter werdenden Gesellschaft zu entsprechen, werden stationäre Pflegeeinrichtungen zunehmend ambulantisiert und entwickeln sich zu Mischformen, die Elemente der stationären und ambulanten Pflege vereinen. Gefragt sind Wohn-, Unterstützungs- und Pflegeangebote, die Versorgungssicherheit bieten und auch bei intensivem Unterstützungs- und Pflegebedarf ein selbstbestimmtes Leben im vertrauten Wohnumfeld ermöglichen.



Langfristig am Markt bestehen können nur Anbieter mit einem spezifischen, dem örtlichen Bedarf entsprechenden Leistungskonzept, nachfragegerechten Entgelten sowie einer hinreichenden Attraktivität als Arbeitgeber, um das erforderliche Personal zu gewinnen und zu binden.

Vor diesem Hintergrund reflektiert unser Fachtag die bestehende Praxis und ermöglicht zugleich den Blick in die Zukunft der stationären Pflege. Dazu werden innovative Konzepte aus dem In- und Ausland vorgestellt. Als Hauptreferenten wirken mit: Dr. Jürgen Gohde, Vorstandsvorsitzender des KDA, und Nicole Osterholz, leitende Pflegefachkraft, Coach & Systemische Organisationsberaterin.

In gemeinsamen Workshops sind Sie eingeladen, von den Erfahrungen anderer zu lernen, neue Ideen für das eigene Unternehmen zu entwickeln, aber auch bereits bestehende Konzepte kritisch zu hinterfragen.

Der Fachtag wendet sich an Führungskräfte und Personalfachleute sowie Interessierte aus Wissenschaft, Politik und Gesellschaft.

Wann? 18. September 2014, 9.30 bis 16.30 Uhr

Wo? Weimar, Marie-Seebach-Stiftung

Auf der DEVAP-Homepage www.devap.info finden sie das Tagungsprogramm und einen Anmeldebogen.

DEVAP
impuls

DEVAP impuls

Herausgeber: DEVAP

Deutscher Evangelischer Verband
für Altenarbeit und Pflege e.V.

Verantwortlich: Vors. Renate Gamp

Redaktion: Heike Wehrbein, Daniel Wagner

Nicht namentlich gekennzeichnete Artikel:

H. Wehrbein, DEVAP

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel
geben nicht unbedingt die Meinung der
Redaktion wieder.

Fotos: Ev. Johanneswerk Bielefeld, Diakonie
/ Stephan Röger, Diakonie RWL, Stiftung Sa-
lem, Carsten Heinemann, Diakonie Bayern,
Daniel Wagner, Diakonie Hamburg, Sabine
Wolf, DEVAP Geschäftsstelle Berlin
Invalidenstraße 29, 10115 Berlin
Tel. 030 83001-277, Fax 030 83001-25 277
info@devap.de www.devap.info

In eigener Sache: Bei Adressänderungen
bitte unbedingt Ihre Kundennummer an-
geben. Vielen Dank.